

Bericht des Superintendenten

Hohe Synode,

der Countdown läuft, die Tage laufen anscheinend rückwärts. Noch sind es 55 Tage.

Wie gehen wir damit um? versuchen wir weg zu schauen, nicht mitzumachen oder das ganze zu ignorieren, weil schließlich alle Jahre wieder ein neues Jahr beginnt, alle hundert Jahre ein neues Jahrhundert, alle tausend Jahre ein neues Millennium?

Geht man davon aus, daß unsere gute alte Erde sich schon 5 Milliarden Jahre dreht, dann hat unser Planet schon 5 Millionen Jahrtausendwechsel erlebt. Nichts besonderes also, zumal mathematisch exakt das neue Jahrtausend bekanntlich in Wahrheit erst am 1. Januar 2001 beginnt und die Datumsfrage sowieso zu gleichen Teilen das Ergebnis von Irrtümern mathematischer und astrologischer Berechnungen, politischen Kraftakten sowie weltanschaulicher und religiöser Überzeugungen ist.

Aber man kann protestantischen Purismus auch zu weit treiben. So nüchtern sind wir Menschen nicht. Was sogar Computern so viel Schwierigkeiten macht, wird nun einmal mit großen Erwartungen verbunden. Unser Platz ist an der Seite der Menschen. Deshalb stellt sich die Aufgabe, dieses Datum zu gestalten. Dazu müssen wir nichts neu erfinden, sondern müssen uns lediglich rückerinnern, zum Beispiel auf den Prediger. Der ordnet die Dinge in unnachahmlicher Weise zu:

Prediger 3, 1-15:

„Ein jegliches hat seine Zeit, und alles Vorhaben unter dem Himmel hat seine Stunde: geboren werden hat seine Zeit, sterben hat seine Zeit; pflanzen hat seine Zeit, ausreißen, was gepflanzt ist, hat seine Zeit; töten hat seine Zeit, heilen hat seine Zeit; abbrechen hat seine Zeit, bauen hat seine Zeit; weinen hat seine Zeit, lachen hat seine Zeit; klagen hat seine Zeit, tanzen hat seine Zeit; Steine wegwerfen hat seine Zeit, Steine sammeln hat seine Zeit; Herzen hat seine Zeit, aufhören zu Herzen hat seine Zeit; suchen hat seine Zeit, verlieren hat seine Zeit; behalten hat seine Zeit, wegwerfen hat seine Zeit; zerreißen hat seine Zeit, zunähen hat seine Zeit; schweigen hat seine Zeit, reden hat seine Zeit; lieben hat seine Zeit, hassen hat seine Zeit; Streit hat seine Zeit, Friede hat seine Zeit. Man mühe sich ab, wie man will, so hat man keinen Gewinn davon. Ich sah die Arbeit, die Gott den Menschen gegeben hat, daß sie sich damit plagen. Er hat alles schön gemacht zu seiner Zeit, auch hat

er die Ewigkeit in ihr Herz gelegt; nur daß der Mensch nicht ergründen kann das Werk, das Gott tut, weder Anfang noch Ende. Da merkte ich, daß es nichts Besseres dabei gibt als fröhlich sein und sich gütlich tun in seinem Leben. Denn ein Mensch, der da ißt und trinkt und hat guten Mut bei all seinem Mühen, das ist eine Gabe Gottes. Ich merkte, daß alles, was Gott tut, das besteht für ewig; man kann nichts dazutun noch wegtun. Das alles tut Gott, daß man sich vor ihm fürchten soll. Was geschieht, das ist schon längst gewesen, und was sein wird, ist auch schon längst gewesen; und Gott holt wieder hervor, was vergangen ist.“

Ein jegliches hat seine Zeit. Schwer fällt es, das anzunehmen und ist doch tröstlich zugleich. Schwer, weil tanzen und lachen und lieben und die Zeiten des Friedens nicht festzuhalten sind, nicht zu konservieren sind, sondern flüchtig sind wie die Zeit. Sie sind Geschenke auf Zeit. Nichts, aber wirklich auch gar nichts, ist festzuhalten, und seien wir noch so dahinter her. Nichts bleibt, alles vergeht; schwer, das auszuhalten und doch tröstlich zugleich: Denn auch Tränen und Trauer, Verzweiflung und Not, Hassen und Streiten - auch sie sind begrenzt, haben keine Ewigkeit, haben 'nur' ihre Zeit.

Nur einer hält die Zeit. In seinen Händen steht die Zeit (vgl. Psalm 31, 16).

Weisheit und Gelassenheit dringen aus den Worten des Predigers durch die Jahrhunderte bis in unsere so zeitfanatische, zeitbesessene Zeit. Wer Vertrauen findet in Gottes Zeitplan, der wird weinend das Wissen nicht verlieren, daß es die Zeit des Lachens wieder geben wird, lachen in dem Wissen, daß auch wieder Zeit zu klagen sein wird. Alles hat seine Zeit - wer das annehmen kann, gewinnt Lebensfreiheit; gestaltet die Zeit, „dankbar für die glücklichen Momente, mutig und getröstet in schweren Zeiten“. (M. Käßmann, S. 14)

„Was geschieht, das ist schon längst gewesen, und was sein wird, ist auch schon längst gewesen; und Gott holt wieder hervor, was vergangen ist.“ (Vers 15). So lautet Gottes Weisheit für uns begrenzte Menschen. „Nichts unter Gottes Himmel ist so neu, daß wir verzweifeln müßten“, „nichts ist so alt, daß es nicht erinnert werden könnte. Keine Zeit geht wirklich verloren bei Gott“. (ebd) Nichts ist so verloren, daß es nicht erneuert werden könnte; wir selbst nicht, unsere Beziehungen nicht, unsere Welt nicht. In dieser Verheißung leben wir am 06.11.1999 und ganz gewiß am 01.01.2000 auch.

Der Countdown läuft. Mit jedem Tag wird wohl das Getümmel um den Jahrtausendwechsel größer werden. Damit nicht untergeht, warum auf der ganzen Welt gerade dieses Datum gefeiert wird, hat die Landeskirche die Idee entwickelt, dem Kirchenjahr entlang dieses Jahr als besonderes Christusjahr, als eines von 2000, zu begehen; denn das Kirchenjahr gliedert

das Jahr und strukturiert nach wie vor unser aller Leben im christlichen Abendland. Zudem hat es im Hinblick auf den vorprogrammierten Riesenrummel zu Silvester den Vorteil, daß es bekanntlich am 1. Advent beginnt und wir gut vier Wochen in der Vorhand sind.

Das Wort Kirchenjahr ist erst in der Reformationszeit geprägt worden. Man wollte durch eine eigene kirchliche Zeitgliederung vom Advent bis zum letzten Sonntag nach Trinitatis deutlich machen, daß die kirchlichen Feste nicht in den immer wiederkehrenden Rhythmus der Jahreszeiten, sondern in die auf ein Ziel hin ausgerichtete Heilsgeschichte gehören. Natürliche Gegebenheiten und heilsgeschichtliche Ereignisse sollten auf diese Weise unterschieden werden.

Jetzt soll das Kirchenjahr helfen, bei unserer Sache zugleich aber auch bei den Menschen zu bleiben in ihren Erwartungen und Befürchtungen. „Das Christusjahr - Eins von 2000“ lautet die Generalüberschrift, der für jede Kirchenjahreszeit Themen zugeordnet sind. Auf Plakaten, die jeder Gemeinde zur Verfügung gestellt werden, liest sich das dann so:

„Mehr als wir uns träumen lassen - Advent: Zeit der Erwartung“ oder

„Alles geschenkt. Weihnachten: Zeit der Freude“;

„Fertig? Los! Jahreswechsel: Zeit für Neubeginn“;

„Verlieren mit Gewinn - Passion: Zeit für Verzicht“.

Ich halte diese Aktion in der Anlage für ausgesprochen gelungen. Die Plakate sind ansprechend, die Texte griffig und doch aussagekräftig. Allerdings, die inhaltliche Füllung muß vor Ort geschehen, das kann nicht vorgegeben werden. Die Kampagne verdient unsere Beachtung, sie bietet die große Chance, unseren unverwechselbaren Beitrag in diese aufgeheizten Tage einzutragen und dabei nicht kurzatmig nur auf das eine Datum zu schießen, sondern in ruhiger Gelassenheit und großer Dankbarkeit umfassend zu würdigen, daß es seit 2000 Jahren nunmehr heißt anno domini und daß dies morgen nicht anders sein wird als heute.

Das Öffentlichkeitsreferat des Kirchenkreises wird die Veranstaltungen im Christusjahr insbesondere begleiten. Wir haben Materialien bestellt, die teilweise ausleihbar sind, wir haben Veranstaltungen geplant, z. B. einen Eröffnungsgottesdienst zum Christusjahr 2000 am Vorabend des 1. Advents in Bad Kreuznach und werden für den Kirchenkreis einen Kalender mit den herausragenden Ereignissen in unseren Gemeinden fertigen. Die überregional größte Bedeutung für uns wird sicherlich das Kirchenmusikfest der Rheinischen Kirche an Pfingsten

2000 haben. Darüber wird an anderer Stelle am heutigen Tag noch zu berichten sein, deshalb hier nur die herzliche Bitte: Lassen Sie uns alle Möglichkeiten nutzen, damit möglichst vielen Zeitgenossen bewußt wird, daß es „Eins von 2000“ Christusjahren ist, auf das wir zugehen. Darauf kann man sich gelassen freuen, ist doch Jesus der Christus gestern und heute derselbe und derselbe auch in Ewigkeit. (Hebr. 13,8).

2.

„Alles hat seine Zeit“ lehrt uns der Prediger. Das schließt manche Modeerscheinung nicht aus. Manch einer mag die Diskussion und schließlich die Einführung eines sogenannten Logos für überflüssig halten, bzw. als Modeerscheinung abtun. Die Landeskirche jedenfalls hat ein Logo eingeführt, möchte erkennbarer werden. Die sog. Corporate Identity der Rheinischen Kirche ist traditionell nur schwach ausgebildet. Das hat ja auch sein Gutes. Die Evangelische Kirche im Rheinland baut sich von ihren Gemeinden her auf. Aber das darf ja nicht heißen: Jeder macht was er will. Und es darf auch nicht heißen, daß Die Selbständigkeit der Gemeinden ist ein hohes Gut. Aber das hohe Gut verkehrt sich immer dann in sein Gegenteil, wenn nicht mehr deutlich wird, daß wir zusammen gehören, daß wir eine Kirche sind. Dann kann nicht mehr jeder machen was er will und dann kann auch nicht vor Ort ausgehebelt werden, was in der Gesamtkirche auf demokratischem Weg für die gesamte Kirche entschieden worden ist. Für meine Begriffe haben wir hier einen Nachholbedarf. Wir brauchen mehr Verbindlichkeit, mehr Gemeinsinn, mehr Identifikation mit dem Ganzen. Die Selbständigkeit der Gemeinde und das persönliche Geschmäcke mancher einzelner berechtigen noch lange nicht dazu, sich aus der Solidarität für das Ganze auszuklinken.

Ich nenne nur ein Beispiel: Vor Jahren gab es die Zeitschrift „Evangelisch“, die sollte - so hatte es immerhin die Landessynode beschlossen - in jeder Gemeinde verteilt werden und möglichst jeden evangelischen Haushalt erreichen. Und weil wir eine so überragende Infrastruktur haben - kein anderes Unternehmen in der Welt ist so flächendeckend präsent wie wir es sind - wollte man auf die Verteilung durch die Post, was nur unnötig hohe Kosten verursacht hätte, verzichten. Doch die Rechnung ging nicht auf, die Verteilung klappte nicht; weil man vor Ort meinte entscheiden zu können, ob verteilt wird oder nicht, Landessynoden-Beschluß hin oder her. Eine solche Haltung ist im Medienzeitalter zunehmend kontraproduktiv. Wir finden nur noch Beachtung, wenn wir erkennbar sind. Wir haben nun mal keinen Papst, der in unserer Mediengesellschaft für die Identität und den Zusammenhalt der katholischen Kirche geradezu ein Glücksfall ist. Wir haben so etwas nicht zu bieten und

wollen es auch nicht. Um so mehr sind wir auf die Solidarität aller angewiesen, damit wir als zusammengehörig verstanden und erkannt werden können.

Die Landeskirche versucht für ihren Bereich ihre sogenannte Corporate Identity, also ihre Erkennbarkeit und Wahrnehmbarkeit, durch ihr neues Logo zu stärken. „Ein Logo“, so kann man da lesen, „ist fachspezifisch definiert, eine Bildwortmarke. Das Bildelement ist dabei bewußt so zu gestalten, daß es nicht den betreffenden Gegenstand - in unserem Fall das Kreuz - einfach abbildet oder zu einem Symbol macht, sondern daß es zum Zeichen wird, das Image-Bildung, Identität und Zusammenhalt, darüber hinaus leichte Erkennbarkeit und Signifikanz zum Ziel hat. Gerade weil die Bildmarke eines Logos auf Langlebigkeit, Durchsetzungsfähigkeit und Funktionalität hin angelegt sein muß, muß sie eine relativ hohe Abstraktheit haben.“

Im neuen Logo ist das Kreuz „als das ursprüngliche und erste Symbol der Christenheit so angelegt, daß nur der Schatten, den das Kreuz wirft, erkennbar ist, das Kreuz selber aber vom Auge des Betrachters ergänzt werden muß.“

Man kann zu dem neuen Logo der Landeskirche stehen wie man will, man kann es schön finden oder auch nicht - das alles steht nicht mehr zur Debatte. Entscheidend ist jetzt, daß dieses Logo nunmehr seine Funktion erfüllen kann. Denn nur dadurch, daß es nun auch benutzt wird, kann es Image-Bildung, Identität und Zusammenhalt fördern. Wie gesagt, die Landeskirche hat für ihren Bereich das Logo verbindlich eingeführt. Manche Einrichtung der Landeskirche ziert sich noch ein wenig. Es ist halt so, wie ich es oben zu beschreiben versucht habe.

Nun mögen Sie natürlich fragen, warum ich Ihnen das erzähle. Einmal, weil ausdrücklich gewünscht wird, „wenn möglichst viele Kirchenkreise und Gemeinden das gemeinsame Logo benutzen würden“ (Vizepräsident Dräger), und zum andern haben wir vor Jahren schon die Diskussion um ein gemeinsames Logo im Kirchenkreis, besonders in der Konferenz der Dienststellenleitungen, begonnen. Da wurde zunächst festgehalten, daß es durchaus Sinn macht und von Vorteil wäre, wenn es ein einheitliches Erscheinungsbild im Kirchenkreis gäbe. Man wollte als einzelne Einrichtung nicht zuletzt als Teil des Kirchenkreises sichtbar werden und dadurch den Zusammenhalt im Kirchenkreis stärken; Zudem sollte der Kirchenkreis als eigenständige Größe mit seinen verschiedenen Diensten und Angeboten in den Blick kommen. Das Anliegen der Dienststellen wurde vom Kreissynodalvorstand geteilt. Dennoch geriet die Durchführung des Vorhabens bald ins Stocken. Erste und kostenlose

Entwürfe von Begabten - aber für die Materie eben doch Nichtprofis - überzeugten letztlich nicht. Dazu, einen angemessenen Betrag für professionelle Entwürfe auszuschütten, konnte der Kreissynodalvorstand sich auch nicht entschließen. So haben wir zugewartet, zumal uns bekannt war, daß die Landeskirche an einem neuen Logo bastelte und auch ermöglichen würde, dieses für den Kirchenkreis zu benutzen. Wir haben lange warten müssen. Als das Logo dann endlich vorlag, waren nicht alle überzeugt. Dennoch, wir wollen dieses Logo auch für den Kirchenkreis einführen. Der Vorschlag, nur das Signet, aber nicht den Schriftzug zu übernehmen, sondern statt dessen „Evangelischer Kirchenkreis An Nahe und Glan“ zu schreiben, wurde mehrmals verworfen. Der Kirchenkreis will sich als Teil der Landeskirche outen. Wichtiger als der Identifikationspunkt Kirchenkreis erschien dem Kreissynodalvorstand die Identifikation mit der Rheinischen Kirche; sie soll die eigentliche Bezugsgröße sein.

Im Kirchenkreis werden wir die Entscheidung des Kreissynodalvorstandes in den nächsten Wochen umsetzen. Synodalbüro und Jugendarbeit, Diakonisches Werk und Elementarbereich, aber auch die Kirchenkreis-übergreifenden Einrichtungen wie Schulreferat und Rechnungsprüfungsamt werden dann unter dem gleichen Logo firmieren.

Die Bitte des Kreissynodalvorstandes geht dahin, daß möglichst viele Gemeinden sich der Entscheidung der Kreissynodalvorstandes für ihre Gemeinde anschließen. Dann wird nach außen noch deutlicher erkennbar werden: Wir gehören zusammen, wir sind die eine evangelische Kirche im Rheinland. Allen Gemeinden ist schon vor Monaten ein Vorschlagsheft von der Landeskirche mit Anregungen zur Umsetzung des Logo zugesandt worden. Wie weit dadurch Diskussionen angeregt worden sind, kann ich nicht sagen, hoffe aber, daß die Entscheidung des Kreissynodalvorstandes dies tut und unsere Bitte aufgenommen wird.

Die Erfahrung zeigt im übrigen, daß die Diskussion um das Logo sehr schnell in grundsätzliche Fragen hinein führt. Es geht nicht einfach um Geschmacksfragen oder um den Zeitgeist, dem man Tribut zollen müßte, sondern es geht sehr wohl um Identität und Erkennbarkeit von Kirche und Gemeinde. Wer sind wir? Wofür stehen wir? Was wollen wir erreichen? All diese Fragen sind mit gestellt, wenn man die scheinbar nebensächliche Frage eines Logos diskutiert. Wir hoffen auf fruchtbare Diskussion und zügige Entscheidungsfindung.

3.

„Ein jegliches hat seine Zeit“ lehrt uns der Prediger. Hat der Sonntag seine Zeit gehabt? Und läuft diese nun so nach und nach aus? Es scheint so. Eine schleichende Aushöhlung des Sonntags ist schon seit längerem zu beobachten. Das hat nicht erst in diesem Sommer begonnen, als besonders in ostdeutschen Städten die Kaufhäuser und Läden sonntags geöffnet wurden - unter Umgehung eines ohnehin schon von Ausnahmeregelungen durchlöcherten Sonntagsschutzgesetzes und unter kräftiger Beihilfe der jeweiligen zuständigen Behörden. Die das Recht schützen und durchsetzen sollten, präsentierten sich als Helfershelfer der Rechtsbeugung; ein für einen Rechtsstaat wahrlich ebenso bemerkenswerter wie bedenklicher Vorgang.

Meines Erachtens geht es bei der emotional geführten Debatte nicht nur um ein paar Stunden mehr Öffnungszeit. Es steht anderes auf dem Spiel und zur Debatte. Die Frage lautet: Braucht eine pluralistische Gesellschaft noch gemeinsame und von allen zu respektierende Kulturgüter, Institutionen und Traditionen, die die Menschen verbinden und Gemeinschaft ermöglichen oder brauchen wir die nicht mehr? Anders gefragt: Welche Kräfte halten diese Gesellschaft zusammen? Was verbindet uns? Welche Werte leiten uns?

Es stehen sich die Bedürfnisse des Gemeinwesens nach „zeitlichen Biotopen“ als „wichtige Ressource der Gesellschaft“ (so der Soziologe Jürgen P. Rindersparger) und die Interessen mancher einzelner gegenüber. Der Wunsch, wann und wo immer und zu welcher Zeit auch immer tun und lassen zu können, was man will, steht gegen das Bedürfnis eines ganzen Volkes nach gemeinsamer Zeit.

Oder noch anders gefragt: Welche Rechtsgüter haben Priorität, Bedürfnisse der Allgemeinheit oder die des einzelnen? Die ausgebrochene Diskussion, die durch die Gutachten vom Oktober keineswegs ausgestanden ist, ist für mich die logische Folge der in unserer Gesellschaft weiter fortgeschrittenen und fortschreitenden Säkularisierung, Individualisierung und Ökonomisierung aller Lebensbereiche. Deshalb muß die Diskussion hier ansetzen, sonst greift sie zu kurz. Die Weichenstellungen, um die es geht, müssen deutlich benannt und die möglichen Folgen dargestellt werden - nicht um Horrorszenarien aufzubauen und Popanz zu kreieren, auf die man dann billig einschlagen kann, aber doch so, daß die Alternativen und Hintergründe klar auf den Tisch kommen und die Menschen zumindest wissen können, was da geschieht.

Zur Zeit ist die Begriffsverwirrung immer noch groß. Was im biblischen Zusammenhang als Errungenschaft von Freiheit und sozialem Fortschritt anzusehen ist - nämlich daß die Arbeit begrenzt wird und es einen Tag in der Woche gibt, wo die Arbeit den Menschen nicht beherrscht und er, ja nicht nur er, sondern selbst das Vieh (5. Mose 5, 20) frei ist gegenüber allen Ansprüchen irgendwelcher Herrschaften - wird heute als Einschränkung der persönlichen Freiheit hingestellt. Hier hat eine totale Umkehrung der Begrifflichkeit stattgefunden. Heute soll Freiheit heißen, tun und lassen zu können, was der einzelne gerade will. Ich halte einen solchen Freiheitsbegriff für eine Zumutung. Die Freiheit zum Einkauf ist in ihrer Banalität nicht zu überbieten. Und unterschlagen wird, daß Freiheit immer auch eine soziale Komponente haben muß und nicht eindimensional auf die Wünsche einzelner reduziert werden kann. Doch die Befürworter einer Sonntagsöffnung gehen genau hiermit hausieren. Der Kunde will es, lautet die Parole. Das allerdings ist durchaus umstritten. Umfragen belegen das Gegenteil. Eine deutliche Mehrheit spricht sich gegen eine generelle Öffnung an Sonntagen aus. Besser muß es also wohl heißen: Der Kunde soll es. Es sind nicht Freiheitsrechte, für die von den Befürwortern gestritten wird, sondern es sind allemal und ausschließlich wirtschaftliche Interessen, die durchgesetzt werden sollen. Der Preis, der auf Dauer zu zahlen sein wird - davon bin ich überzeugt - wird um einiges höher sein als das Vergnügen, auch am Sonntag einkaufen gehen zu können. Einen hohen Preis werden die Einzelhändler zu entrichten haben, die sich dann noch schwerer gegen die übermächtige Konkurrenz der Großen werden wehren können. Einen hohen Preis werden alle die zu zahlen haben, die dann arbeiten müssen und in der Regel werden sie es nicht freiwillig tun, sondern will ihnen ihr Job lieb ist, werden sie zwangsläufig und notgedrungen sich dann auch am Sonntag hinter die Ladentheke stellen.

Einen hohen Preis werden natürlich vor allem die Frauen zu zahlen haben. Und schließlich, einen hohen Preis werden wir alle zu zahlen haben, weil es noch schwerer sein wird, an einem Tag ohne große Verrenkungen als Familie, mit Freunden oder Bekannten zusammenzukommen. Zahlen werden viele, kassieren werden wenige.

Die Kirchen haben dieses Mal erfreulicherweise frühzeitig und hoffentlich rechtzeitig dagegegehalten. Sie haben deutlich Position bezogen. „Der Sonntag gehört zu den wichtigsten Beiträgen des Christentums zur Kultur unserer Gesellschaft“. Er trägt „maßgeblich zur Qualität menschlichen Zusammenlebens“ bei. „Ohne Sonntag gibt es nur

Werktage“ heißt es in der Gemeinsamen Erklärung des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz vom 14.09.1999.

Natürlich haben wir als Kirchen ein besonderes Interesse am Schutz des Sonntags. Wir sind gebunden an die Gebote, an die Gebote Gottes, die nicht knebeln, sondern Leben ermöglichen wollen. „Du sollst den Feiertag heiligen“ - dies ist ein Gebot der Freiheit. Einmal, indem wir uns erinnern, daß wir nicht von dem leben, was wir schaffen, sondern davon, daß wir Geschöpfe unseres Vaters im Himmel sind, der uns geschaffen hat, der uns liebt und uns jenseits aller Leistungen für unendlich wert erachtet. „In sechs Tagen hat Gott, der Herr, Himmel und Erde gemacht.“ Nicht wir sind die Schöpfer unseres Lebens und dieser Welt, so lautet das uns entlastende Gebot zum Leben. Wir müssen uns nicht selbst erschaffen. „Sechs Tage sollst du arbeiten und alle deine Werke tun, aber am siebenten Tag ist der Sabbat des Herrn.“ Auch dies eine außergewöhnliche Errungenschaft unserer christlich-jüdischen Tradition, die besagt, daß die Arbeit nicht schon das ganze Leben ist, sie vielmehr begrenzt wird von der Ruhe und es somit einen stetigen Wechsel gibt zwischen Anspannung und Entspannung, der den Menschen zugute kommen soll. Das Gebot lädt ein, sich der Wohltaten Gottes in unserem Leben zu erinnern.

Die gnädige Anordnung Gottes in seinem Gebot verbindet sich in der frühen Christenheit mit der Feier des neuen Lebens, mit der Feier der Auferstehung. Der Tag der Auferstehung wird zum ersten Tag der Woche, zum Sonntag; die Feier des Sonntags zum Bekenntnis, daß Christus lebt. „Der Dank für die Schöpfung und der Lobpreis für die Auferstehung Christi haben die Christen von Anfang an im Gottesdienst zum Ausdruck gebracht.“ (Gemeinsame Erklärung) „Indem Christen sich im Gottesdienst versammeln, verdeutlichen sie, daß die Unterscheidung des Sonntags vom Alltag dem Leben dient.“ (Gemeinsame Erklärung, Den Sonntag feiern 1984).

Doch auch wenn wir ein besonderes Interesse am Schutz des Sonntags haben müssen, sind es doch nicht Eigeninteressen, die uns treiben, unsere Stimme zu erheben. Es ist auch nicht das Beharren einer Institution auf einmal zugestandene Privilegien, das uns widersprechen läßt. Die Versuche, von interessierter Seite uns wieder einmal in diese Ecke zu stellen, sind verzerrend und böse. Vielmehr haben wir Anwälte zu sein für eine Sozialkultur in diesem Lande, die dem Leben aller dient und nicht nur dem Profit weniger. Wir tragen Mitverantwortung für die humane Qualität menschlichen Lebens und Zusammenlebens. Und schließlich

ist es unsere Aufgabe, ja unser Auftrag, „*die gesellschaftliche Situation aus der Perspektive der jeweils Schwächeren anzuschauen*“ (Bischof W. Huber). Sie können leicht zu den „Sonntagsverlierern“ gehören, weil sie sich nicht wehren können und gezwungen sind, sich für ein paar Mark zu verkaufen. Deshalb: „Wir Menschen brauchen den Sonntag. Der Wechsel von Arbeit und Ruhe gehört zum Leben.“ (Gemeinsame Erklärung)

Das gilt es zu gestalten; das gilt es zu leben. Vielen fällt das schwer. Ruhe macht ihnen angst. Sie wissen sie nicht zu füllen und flüchten dann in irgendwelche Vergnügungen, setzen den Streß des Alltags mit umgekehrten Vorzeichen in der Freizeit fort. Hier kommt uns eine große Aufgabe zu, wobei zugleich einzuräumen ist, daß wir auch nicht immer die besten Anwälte des Sonntags sind und waren.

Die Kultur des Sonntags muß auch unter uns vertieft, erneuert und wiederbelebt werden. Unser unverwechselbarer und erster Beitrag kommt dabei der Gestaltung der Gottesdienste zu. Über die Feier des Gottesdienstes können wir zuallererst den Sonntag gewinnen. Deshalb lohnt sich hier jeder Aufwand, um manche Erstarrung und ungute Routine, die sich da und dort eingeschlichen haben, überwinden zu können.

Der Gottesdienst soll Feier sein. Er soll Fest sein, Fest des Sonntags, Fest des Lebens. Der Einsatz für den Sonntag lohnt. Er stellt ein Kulturgut von hohem Wert dar.

Deutlich ist: Mit einem Rückzug auf Rechtspositionen wird es in dieser Diskussion nicht getan sein. Wir müssen inhaltlich überzeugen, müssen das Gespräch und notfalls den Streit suchen. Und müssen versuchen, zu leben, wofür wir eintreten.

Unsere evangelische Wochenzeitung DER WEG hat unter dem Motto: „*Laßt den Sonntag in Ruhe*“ im September und Oktober 1999 zu einer Unterschriftenaktion aufgerufen. Die Evangelische Frauenhilfe ebenso.

Der Kreissynodalvorstand hat die Aktion ausdrücklich begrüßt und den Gemeinden empfohlen, sich zu beteiligen.

Die Resonanz scheint groß. Mancherorts sind Gemeindeglieder freiwillig von Haus zu Haus gegangen oder haben Unterschriftenlisten in Geschäften ausgelegt. Wir können nur hoffen, dass die Unternehmung ein Erfolg sein wird, die ihre Wirkung nicht verfehlen wird.

Parallel dazu - und das ist durchaus einzigartig für die Evangelische Kirche in Deutschland - hat sich die EKD kurzfristig zu einer Kampagne „*Ohne Sonntag ist jeder Tag Werktag*“

entschlossen. Zwei Millionen DM wurden zur Verfügung gestellt, um in Kinos, in Anzeigen und auf Plakaten auf die Problematik zu verweisen.

Wir selbst haben schon im August ein sogenanntes round-table-Gespräch versucht unter Beteiligung der Gewerkschaft und pro Bad Kreuznach. Wichtig ist, dass wir jetzt Flagge zeigen und präsent sind.

Meiner Einschätzung nach wird es - gerade auch nach dem Gutachten aus München - für die Bundesrepublik darauf hinaus laufen, dass man den Sonntag weitgehend ungeschoren läßt, aber die Ladenschlußzeiten unter der Woche nochmals lockern wird. Das ist - so sehe ich es jedenfalls - durchaus auch nicht unbedenklich; denn was zur Gemeinsamkeit in Familie und Freundeskreis für den Sonntag zu sagen ist, das gilt natürlich auch für die Abendstunden. Jetzt schon sind viele durch Schichtarbeit vom Vereinsleben, aber auch von der Teilnahme an kirchlichen Veranstaltungen ausgeschlossen. Ich sehe der gesamten Entwicklung mit Skepsis entgegen.

4.

„Ein jegliches hat seine Zeit und alles Vorhaben unter dem Himmel hat seine Stunde“ so sagt der Prediger. Und weiter: *„Abbrechen hat seine Zeit“. Zerreißen hat seine Zeit“*.

Mir fällt dazu der Streit in der Katholischen Kirche über die Zukunft der Schwangerschaftskonfliktberatung ein. Das Ganze ist ein Trauerspiel, nicht nur für die Frauen, nicht nur für die katholische Kirche, sondern auch für uns. Leider läßt sich nicht behaupten, dies sei eine innere Angelegenheit der Katholischen Kirche. Das ist es leider nicht. Dieses absolute Trauerspiel betrifft genauso gut uns. Einmal, weil wir Geschwister sind, zum anderen, weil die Öffentlichkeit schon lange nicht mehr bereit ist, zwischen evangelisch und katholisch zu unterscheiden und wir an den Folgen dessen, was die andere Seite tut oder läßt, mit beteiligt werden. Das gilt allerdings und sei Trost natürlich auch umgekehrt. Der Konflikt selbst ist oft genug dargelegt worden. Das muß hier nicht wiederholt werden; wohl aber noch einmal die Bekräftigung der evangelischen Position:

Wir halten daran fest in der staatlichen Schwangerschaftskonfliktberatung mitzuwirken. Es ist dies ein wichtiger Dienst für den Schutz des ungeborenen Lebens und für die Begleitung von Frauen in einer bedrängenden Konfliktsituation. Das wollen, das können wir nicht aufgeben. Wer nicht nur die Prinzipien des Lebensschutzes hochhalten, sondern die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche tatsächlich vermindern will, muß den Frauen in den realen Entscheidungssituationen, also auch in der Pflichtberatung, nahe sein. Das verdunkelt nicht

die Klarheit des kirchlichen Zeugnisses für das eigenständige Lebensrecht auch schon der ungeborenen Kinder. Es wird davon geradezu gefordert. Wir halten es für eine verkürzte Betrachtungsweise, die Frage nach der evtl. Mitschuld an der Tötung ungeborenen Lebens allein an der Ausstellung des Beratungsscheines festzumachen. Wenn überhaupt die von der Katholischen Kirche losgetretene Debatte einen Sinn hat, dann den, dass noch einmal eindringlich darauf verwiesen worden ist, dass es in jedem Fall um Schutz von Leben geht. *„Was den Schwangerschaftskonflikt so unerträglich macht, ist gerade: Das Ungeborene hat ein eigenes Recht auf Leben und die Frau hat ein eigenes Recht auf Leben. Wie auch immer sich die Frau im Falle eines Schwangerschaftskonfliktes entscheidet, sie entscheidet sich gegen einen Teil ihrer Person. Das ist der Konflikt, dem sich die Beratung stellen muß.“* (M. Koschorke, Die Kirche - ein Freund des Lebens? Kleine Texte aus dem Evangelischen Zentralinstitut für Familienberatung Nr. 19 vom Februar 1990). Weil das so ist, ist es evangelische Überzeugung, *„dass das ungeborene Kind nur mit der Mutter und nicht gegen sie geschützt werden kann“*. (Argumente aus der EKIR 2).

M. E. hat die Debatte allerdings auch zutage gefördert, dass wir katholischer- und evangelischerseits immer noch von unterschiedlichen Ausgangspositionen her kommen. Einerseits der Katholizismus, der sich an kirchlich-autorisierte Moraldogmen orientiert und andererseits der Protestantismus, der auf die individuelle Gewissensentscheidung des Einzelnen setzt.

Neu allerdings ist, wie sehr sich Rom in die inneren Angelegenheiten der Deutschen Bischöfe einmischt. Schon der Brief des Papstes vom 27. Januar 1998 hat den Beurteilungs- und Handlungsspielraum der Deutschen Bischöfe erheblich eingeschränkt. „In einer Frage, die der Verantwortung und der pastoralen Klugheit der örtlichen Kirche überlassen bleiben könnte, tritt die zentralistische Entscheidung in den Vordergrund. M. Kock. Rom hat sich massiv eingemischt. Die Spielräume der Kirchen vor Ort werden immer kleiner, die Bevormundung der Zentrale wird größer. Das aber widerspricht allen evangelischen Prinzipien. So zeigt der Konflikt dann auch, „warum wir evangelisch sind und nicht römisch-katholisch“. Das Verständnis des Papsttums hat sich wieder einmal als das entscheidende Hindernis auf dem Weg zu Vollen Kirchengemeinschaft gezeigt. (so Manfred Kock in einer Pressemitteilung vom 24.09.1999).

Doch neben all den schon erwähnten Schäden, die diese unselige Auseinandersetzungen bereits angerichtet haben, kommt etwas nicht minder gravierendes hinzu. Der Stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Hermann Kues warnte im Deutschlandfunk vor den Folgen

für das Staat-Kirche-Verhältnis, „falls sich die Kirche aus der Trägerschaft der Konfliktberatung zurückziehe. Es bestehe die Gefahr, dass ein Rückzug auch in anderen Bereichen gefordert werden könnte. Als Beispiele nannte der Unionspolitiker kirchliche Schulen und Kindergärten sowie die Theologischen Fakultäten. Mit derartigen Tendenzen würde dem Engagement von Christen in Staat und Gesellschaft der Teppich unter den Füßen entzogen“. (zitiert nach epd 25/99, Seite 13).

Diese Worte haben m. E. große Brisanz. Ich wiederhole noch einmal: Kues sagt: „*Es bestehe die Gefahr, dass ein Rückzug auch in anderen Bereichen gefordert werden könnte*“, was ja nichts anderes meinen kann als: Wenn sich die Kirche als so wenig verlässlich erweist, muß man die Frage stellen, ob man überhaupt noch mit ihr zusammen arbeiten will und kann. Was Kues hier noch durchaus wohlwollend formuliert, wird in anderen Parteien schon sehr viel deutlicher ausgesprochen. Es gibt eine zunehmende Zahl von Politikern, denen das besondere Staat-Kirche-Verhältnis in der Bundesrepublik Deutschland schon lange ein Dorn im Auge ist, und die - aus unterschiedlicher Motivation - auf eine stärkere Trennung von Staat und Kirche aus sind. Die bekommen billige Munition, und sie gebrauchen sie: Statt konfessioneller Beratungsstellen nur noch pro Familia und kommunale Einrichtungen. Man braucht nicht allzuviel Phantasie, die Reihe fortzusetzen. Statt konfessioneller Kindergärten - Kommunale Kindergärten. Statt konfessioneller Altenheime, vielleicht nur noch private Anbieter. Statt evangelische und katholische oder auch ökumenische Sozialstationen dann eben nur noch die privaten Anbieter.

Unser Präses sagt es deutlich: „*Der in der römisch-katholischen Kirche ausgetragene Streit um die Schwangerschaftskonfliktberatung und sein zu vermutender Ausgang beschädigen die kirchliche Verlässlichkeit.*“ (Pressemitteilung vom 24.09.1999).

Um so mehr kommt es darauf an, dass wir unsere evangelische Position zu Gehör bringen. Es wäre falsch verstandene Rücksichtnahme auf den katholischen Partner, wollten wir hier schweigen. Es wäre falsch verstandenes ökumenisches Bewußtsein, wollten wir darauf verzichten, unsere eigene evangelische Position deutlich zu machen. Im Gegenteil: Es ist ein Akt ökumenischer Gesinnung, wenn wir unseren katholischen Schwestern und Brüdern deutlich unser Unverständnis und unsere Not über die Auseinandersetzungen mitteilen und unsere eigene Position erläutern. Der Schaden ist groß genug; er darf nicht noch größer werden. Deshalb ist dem Mainzer Bischof Karl Lehmann zu wünschen, dass er weiterhin die Kraft und das Stehvermögen besitzt, um einen Weg aus der Krise heraus zu finden. Die

Ränkespiele innerhalb der Bischofskonferenz können wir nicht kommentieren, aber wir können deutlich unsere Hoffnung ausdrücken, dass Bischöfe, wie der Trierer Bischof Spittal oder auch Karl Lehmann gestärkt und unterstützt werden mögen.

Offenbar kann zur Zeit niemand sagen, wie es nun weitergehen soll. Der Ausstieg scheint beschlossene Sache. Ersatzlösung, wie die vom Zentralkomitee der Deutschen Katholiken ins Leben gerufene Stiftung „Donum vitae“ (Geschenk des Lebens) müssen in ihrer Tragfähigkeit sich erst beweisen. Skepsis ist jedenfalls angebracht. Man wird schon jetzt deutlich sagen müssen, dass nur in Ausnahmefällen Evangelische Beratungsstellen das Loch, das entstehen wird, werden füllen können. Dennoch werden wir alles tun, damit nicht allein die Frauen es sind, die am Ende die Zeche zu zahlen haben. So hoffen wir, dass die Zeit des Abbrechens und Zerreißens möglichst schnell vorüber gehen möge, damit wieder gebaut werden kann, und genäht werden kann. (Prediger 3, Vers 7).

5.

„Ein jegliches hat seine Zeit und alles Vorhaben unter dem Himmel hat seine Stunde“ so wiederum der Prediger. Und dann: „Ausreißen hat seine Zeit“, „Pflanzen hat seine Zeit“.

Ich habe im letzten Jahr sehr ausführlich über die Schwierigkeiten von Lutherischem Weltbund und römisch-katholischer Kirche im Zusammenhang mit der Gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre berichtet. Damals schien es so, als habe man sich ziemlich festgefahren und stecke in einer Sackgasse. Doch inzwischen scheint ein Ausweg gefunden zu sein, so daß die feierliche Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung (GE) für den 31. Oktober 1999 in Augsburg geplant werden konnte. Nach einem feierlichen Gottesdienst im katholischen Dom der Stadt will man sich im festlichen Zug zur evangelischen Anna-Kirche bewegen, um dort die Dokumente zu ratifizieren. Dazu werden hohe Repräsentanten der Römischen Kurie wie der des Lutherischen Weltbundes sowie Vertreter der Lutherischen Kirchen, aber auch Persönlichkeiten aus dem politischen Leben, wie der Bundespräsident, in Augsburg erwartet.

Es hat offenbar hoher Diplomatie bedurft, um aus der Sackgasse herauszukommen. Nunmehr wird zwar nur die Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre unterzeichnet, aber daneben gibt es eine sogenannte „Gemeinsame Offizielle Feststellung“ sowie einen sog. Annex der die beiderseitigen Anfragen an die Gemeinsame Erklärung aufnimmt und

weiterführt. „Luthers Sieg!“ so titelte eine Deutsche Tageszeitung, als die Zusatzklärung veröffentlicht wurde. Richtig ist, dass einige Anfragen der evangelischen Seite nunmehr Berücksichtigung finden. Thematisiert werden „der Sündenbegriff“, „dass allein im Glauben die Bewahrung der Gnade“, „der Lohngedanke“ und die besonders umstrittene Frage nach der „Rechtfertigungslehre“ als einzigem Kriterium gilt.

Ferner stellt der Anhang klar, dass die Antwortnote der Katholischen Kirche vom Juni 1998, die für so viel Verwirrung gesorgt hatte, „weder die Autorität Lutherischer Synoden noch die des Lutherischen Weltbundes in Frage stellen“ soll, so dass der Dialog gleichberechtigt („par cum pari“) geführt wird (Fassung des Leiters des Konfessionskundlichen Instituts in Bensheim) ist mit dieser Gemeinsamen Feststellung zweierlei erreicht:

1. Die Resultationen, welche die erste römisch-katholische Antwort ausgelöst hat, sind aus dem Weg geräumt: Die Lehrverurteilung des Konzils von Trient treffen nicht die evangelische Lehre und die Autorität der evangelischen Synoden wird anerkannt. Dies, so Frieling und Raustein, ist ein „bemerkenswerter Vorgang“: „Es hat den Anschein, als habe der Lutherische Einspruch zu einer Veränderung der katholischen Aussagen geführt“.
2. Die Gemeinsame Erklärung ist ein erster Schritt auf dem Weg zu mehr ökumenischer Gemeinschaft, aber, so ist hinzuzufügen, noch kein Durchbruch. „Die Konfessionen bleiben, aber Verurteilungen unterbleiben“. (Evangelische Kommentare 10/99, Seite 30). Im Anhang wird ausdrücklich zur gemeinsamen Aufgabe erklärt, dass der Dialog fortgeführt werden muß, „um ein Weiterreichen des gemeinsamen Verständnisses der Rechtfertigungslehre“ zu erreichen und „um zu voller Kirchengemeinschaft, zu einer Einheit in Verschiedenheit zu gelangen, in der verbleibende Unterschiede miteinander versöhnt würden und keine trennende Kraft mehr hätten“. (GOF, Ziffer 3).

So erfreulich die schließlich doch noch erreichte Einigung ist. Es wird nunmehr darauf ankommen, dass aus der Erklärung die entsprechenden praktischen Konsequenzen gezogen werden, und zwar mindestens in zweifacher Hinsicht. Einmal: Die Kirchen müssen sich offiziell gegenseitig als Schwesternkirchen in der einen Kirche Christi anerkennen und zum anderen: die gegenseitige Einladung zum Abendmahl bzw. zur Eucharistiefeier muß erfolgen. An diesen Punkten wird sich beweisen, was die Erklärung wert ist. Zur Zeit darf man guten

Muts sein, dass mit der Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung samt ihrer Zusatzdokumente Ökumene gepflanzt wird.

Auf Vermittlung von Bruder Böhm werden wir schon übermorgen die Möglichkeit haben, von einem intimen Kenner der Materie weitere Einzelheiten und Zusammenhänge zur Gemeinsamen Erklärung erläutert zu bekommen.

Professor Dr. Schütte hat neben Kardinal Ratzinger auf katholischer Seite an einem Gespräch am 1. November 1998 teilgenommen, bei dem der Anhang der Gemeinsamen Erklärung formuliert worden ist, der überhaupt erst die Unterzeichnung der GE möglich gemacht hat.

Wir haben zu diesem Konvent auch unsere katholischen Kollegen aus der Region eingeladen und hoffen auf gute Gespräche und Begegnungen.

6.

„Ein jegliches hat seine Zeit und alles Vorhaben unter dem Himmel hat seine Stunde“ formuliert es der Prediger. Und dann: *„Geboren werden hat seine Zeit“*. *„Sterben hat seine Zeit“*.

Am 27. September 1999 haben der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland ,Manfred Kock, und der Vorsitzende der Katholischen Deutschen Bischofskonferenz ,Karl Lehmann, „Handreichung und Formular“ einer „Christlichen Patientenverfügung“ der Öffentlichkeit vorgestellt.

Eine Patientenverfügung dokumentiert den Willen eines Menschen für den Fall, dass er sich nicht mehr äußern und sein Selbstbestimmungsrecht in Gesundheitsangelegenheiten nicht mehr wirksam ausüben kann.

Den Kirchen kam es darauf an, eine Patientenverfügung zu entwickeln, die sich in besonderer Weise dem christlichen Glauben verpflichtet weiß. In verständlicher Sprache soll der christliche Hintergrund beleuchtet und einzelne Aspekte, die sich beim Ausfüllen eines solchen Formulars aufdrängen, benannt werden. Dabei bedeutet „Christliche Patientenverfügung“ nicht, dass sie nur von Christen benutzt werden könnte, wohl aber, dass sie christliches Gedankengut zum Thema Sterbebegleitung enthält und sich dem christlichen Glauben verpflichtet weiß.

„Dieser achtet das Leben und die einzigartige Würde des Menschen als Gottes unantastbare Gabe, die auch im Sterben zu respektieren ist und weiß sich von der Auferstehungshoffnung getragen.“ (Christl. Patientenverfügung S. 9). Er gibt dem Menschen „Freiheit, auch über das eigene Sterben nachzudenken und angemessene Vorsorge zu treffen. Denn viele Menschen fragen heutzutage“, ob die Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Medizin am Ende wirklich zu einer Besserung der Lebensqualität beiträgt oder ob sie nur einen belastenden Sterbeprozess verlängert“. (ebd. S. 8).

Eine Antwort auf solche Fragen ist nicht leicht und nicht generell zu geben. „Um menschenwürdig bis zuletzt leben zu können, kann sowohl eine intensive medizinische Behandlung erforderlich sein als auch der Verzicht auf ihre Anwendung. Letztlich muß die Entscheidung aus den konkreten Lagen des sterbenden Menschen heraus und von seinen Bedürfnissen her getroffen werden“. (ebd. S. 9). Ziel der Patientenverfügung ist es, die Selbstbestimmung des Patienten zu gewährleisten. *„Mit Hilfe einer Patientenverfügung können Sie schon jetzt die Anwendung medizinischer Verfahren und damit die Qualität Ihrer letzten Lebensphase mitbestimmen“.* (ebd. S. 9).

Dem Selbstbestimmungsrecht gebührt jedenfalls Vorrang vor den Einschätzungen des Arztes. Jede Form aktiver Sterbehilfe wird von beiden Kirchen in der Patientenverfügung weiterhin vehement abgelehnt. Das gezielte Töten eines Menschen könne niemals eine Tat der Liebe oder des Mitleids sein; denn es vernichtet die Basis der Liebe und des Vertrauens. Es soll vielmehr ein Weg zwischen unzumutbarer Lebensverlängerung und nicht verantwortbarer Lebensverkürzung gefunden werden, so Bischof Lehmann bei der Vorstellung der Broschüre. Weiter: „Ärzte und Angehörige hätten kein Recht, einen unheilbar Kranken zu töten oder das Leben eines alten Menschen abzukürzen. Dies müsse nach den verheerenden Diskussionen über Sterbehilfe z. B. in den Niederlanden und den USA besonders hervorgehoben werden.“

Neben der Patientenverfügung ist auch noch eine Vorsorgevollmacht abgedruckt. Mit ihr wird eine Person des besonderen Vertrauens für den Fall, dass jemand außerstande ist einen Willen zu äußern, benannt und Vollmacht erteilt, an Stelle des Sterbenden mit den behandelnden Ärzten alle erforderlichen Entscheidungen abzusprechen.

Die Kirchen wollen mit dieser Patientenverfügung dazu beitragen, dass Menschen sich wieder stärker mit ihrem Tod und dem Sterben auseinandersetzen. In diesem Bereich, so Kock bei der Vorstellung bestehe nach wie vor große Sprachlosigkeit, die überwunden werden müsse.

Ich halte es für notwendig, dass sich Seelsorgerinnen und Seelsorger, aber auch Leitungsgremien unserer Gemeinden sowie die ehrenamtlich in der Seelsorge Mitarbeitenden möglichst bald mit dieser Patientenverfügung auseinandersetzen, wird doch ausdrücklich auf die Möglichkeit, seelsorgerlichen Beistand zu erbitten, verwiesen.

Die Patientenverfügung leistet m. E. einen wichtigen Beitrag, Sterben und Tod aus ihrer Tabuisierung zu befreien und gleichzeitig mit Nüchternheit die gespeiste Hoffnung, die Dinge anzusprechen, denen niemand von uns, weil wir nun einmal alle sterbliche Wesen sind, ausweichen kann.

100 Exemplare der Christlichen Patientenverfügung habe ich für den Kirchenkreis besorgen lassen. Sollten weitere Exemplare gebraucht werden, wende man sich bitte an das Synodalbüro oder aber direkt an das Landeskirchenamt bzw. das Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland in Hannover.

„Ein jegliches hat seine Zeit und alles Vorhaben unter dem Himmel hat seine Zeit“ noch einmal der Prediger. Schließlich und am Schluß dies: „Anregungen haben ihre Zeit“. Ich hoffe es jedenfalls.

Ich habe besonders in der letzten Zeit verschiedentlich feststellen müssen, dass es gar nicht so einfach ist, telefonischen Kontakt zu einem Kollegen oder einer Kollegin zu bekommen. Der Anrufbeantworter hat Einzug gehalten in die Pfarrhäuser unserer Gemeinden. Das muß ja nicht schlecht sein, hat aber so seine Tücken, wenn dass, was man zu besprechen hat, dringlich ist und keinen Aufschub duldet. Oder aber, wenn der versprochene Rückruf ausbleibt. Mich macht das ärgerlich und ich denke, wie mag es den Menschen gehen, die in einem Notfall den Pfarrer oder die Pfarrerin zu sprechen wünschen. Sei es, dass sie selbst dringend Hilfe brauchen oder sei es, dass sie nach einem Todesfall mit dem Pfarrer erste Absprachen treffen wollen. In solchen Fällen ist es für meine Begriffe unerträglich, wenn man dann bis zu einem Rückruf getröstet wird, irgendwann, sicher möglichst bald. Doch wie zuverlässig, das ist zu fragen, kommen soll.

Noch einmal: Meine Anfrage richtet sich nicht gegen den Anrufbeantworter. Ich habe inzwischen selbst einen, wie ich gestehen muß. Kann ja wirklich nützlich sein, aber er ist eben auch hinderlich. Und deshalb nun die Anregung: Wie wäre es, wenn wir für die verschiedenen Regionen unseres Kirchenkreises jeweils eine Notrufnummer schalten, die 24 Stunden am Tag und 7 Tage die Woche unbedingt und zuverlässig besetzt ist. Jeweils eine Kollegin / ein

Kollege hätte dann für einen gewissen Zeitraum diesen Dienst zu verrichten, die Gespräche entgegenzunehmen, quasi erste Hilfe zu leisten und dann Dinge womöglich zuständigkeithalber weiterzureichen.

Technisch dürfte ein solches Erst-Zuständigkeits-Telefon keine Probleme mehr bereiten. Man schafft einfach ein Handy an und gibt das an den oder die jeweils Diensthabende(n) weiter.

Ich bin der Meinung, wir können es uns wirklich nicht mehr leisten, die Menschen so lange warten zu lassen, im Ungewissen zu lassen, ob wir nun zurückrufen oder nicht, ob wir Zeit haben oder nicht, ob wir zuständig sind oder nicht. Das geht nicht mehr. Wir müssen hier näher an die Menschen heran und deshalb bitte ich, darüber nachzudenken, ob wir nicht in unseren Regionen jeweils ein solches Erst-Zuständigkeits-Telefon mit unbedingter Präsenzgarantie unseren Gemeindegliedern anbieten. Ich denke, es ist dran. Das hat seine Zeit.

7.

„Ein jegliches hat seine Zeit und alles Vorhaben unter dem Himmel hat seine Stunde“ sagt der Prediger. Und weiter: *„Töten hat seine Zeit“*. *„Heilen hat seine Zeit“*.

Ja, leider und immer wieder hat offenbar auch das Töten seine Zeit.

In diesem Jahr jährte sich zum fünften Mal der Genozid, den unser Partnerland Rwanda heimgesucht hatte. Mehr als achthunderttausend Menschen wurden in wenigen Wochen ermordet, ja abgeschlachtet. Die Wunden eitern nach wie vor. Das kann auch nicht anders sein. Der Konflikt, der vergessene Konflikt im Kongo, hat nicht zuletzt auch damit zu tun, dass die geflohenen Hutumilizen weiterhin ein Unruhefaktor in der Region darstellen. In seiner Grußbotschaft zum Partnerschaftssonntag, den wir in zu wenigen Gemeinden Anfang September 1999 gefeiert haben, schreibt Pfarrer Léonidas Ndorahimana, Superintendent der Synodalregion Rubengera: *„Wir sind zum Glück noch am Leben, im Gegensatz zu vielen unserer Freunde und Verwandten, die nicht mehr da sind. Ich erinnere an die schrecklichen Massaker in Rwanda, aber auch in Burundi, Zaire, Nigeria, Kongo Brazaville, Serbien, Jugoslawien und anderswo in der Welt.“*

Die Zeit des Tötens ist in Rwanda hoffentlich vorbei, aber dass es nun auch eine Zeit des Heilens gibt, dazu können wir mit unserer Partnerschaft einen bescheidenen, aber immerhin einen Beitrag leisten. Mir macht ein wenig Sorge, dass die Zahl der Kirchengemeinden, die sich an der Partnerschaftsarbeit beteiligen, nicht größer wird. Im Gegenteil: Manche von

denen, die aktiv waren, mußten sich aus unterschiedlichen Gründen zurückziehen, so dass da Lücken entstanden sind, die nur schwer zu füllen sind. Ich appelliere an alle Gemeinden, sich des Themas „Partnerschaft“ anzunehmen und nach Möglichkeiten Ausschau zu halten, wie man diese Arbeit unterstützen kann. Sie hat es verdient und es lohnt sich jeder Einsatz. Ich glaube, wir können uns keine Vorstellung machen davon, wie wichtig in den Zeiten der Krise die Verbindung zu Christen in unserer Region für unsere Partner gewesen ist. Das haben wir bei Besuchen erfahren und wird uns immer wieder auch in den Briefen bestätigt. Das Denken aneinander, die Gebete füreinander und die tätige Hilfe sind kräftige Zeichen dafür, dass das Heilen eine Zeit bekommt.

8.

„Ein jegliches hat seine Zeit und alles Vorhaben unter dem Himmel hat seine Stunde“ so der Prediger. Und ich füge hinzu: *„Beginnen hat seine Zeit“* und *„Aufhören hat seine Zeit“*.

Die Zeitung für das rheinische Oberland „Glaube und Heimat“ hat ihre Zeit gehabt. Mehr als 70 Jahre lang hat sie den südlichen Bereich unserer Landeskirche mit Nachrichten, Kommentaren, Berichten und Analysen aus dem kirchlichen Leben versorgt. „Glaube und Heimat hat das Bewußtsein wachgehalten, dass wir Teil der einen Kirche Jesu Christi sind und nicht nur aus unzähligen Kirchtürmen bestehen, die nichts oder kaum etwas miteinander zu tun haben“.

Dass Glaube und Heimat überhaupt so lange hat erscheinen können, verdanken wir zuerst und vor allem den beiden Redakteuren Johannes Polke und Hajo Knebel. Sie haben ungeheure Mühen aufgewandt, damit jede Woche neu Glaube und Heimat zu seinen Beziehern kommen konnte. Wer selbst in der eigenen Gemeinde - und sei es nur vierteljährlich - einen Gemeindebrief herausbringt, weiß, dass es offenbar unvermeidbar ist, dass man in Zeitnot und Zeitdruck kommt, bis dann alle Daten zusammen, die Artikel korrigiert, die Nachrichten zusammengestellt sind und so weiter und so fort. Eine ungeheure Aufgabe, die die Beiden über die Jahre hinweg mit großem Engagement geleistet haben. Dafür möchte ich an dieser Stelle - und ich denke, in Ihrer aller Namen - vor allem unserem Kollegen Johannes Polke, aber natürlich auch Herrn Knebel recht herzlich danken.

Doch die Zeiten haben sich geändert. Die Bedingungen sind schwieriger geworden. Zum einen hat die Landeskirche ihren Zuschuß heruntergefahren und angekündigt, dass sie in absehbarer Zeit Glaube und Heimat nicht mehr weiter fördern kann. Zum anderen hätte es

mittelfristig zu Änderungen in der Redaktionsarbeit kommen müssen, weil sowohl Hajo Knebel wie Johannes Polke in einem Alter sind, wo man nur jeden Tag wieder neu dankbar sein muß, dass man die nötigen Kräfte hat, sich den Aufgaben des Tages zu stellen.

Ein Ausbau der Redaktion schied aus finanziellen Erwägungen von vornherein aus. Andere Möglichkeiten waren nicht in Sicht. Deshalb hat sich der Herausgeberkreis von Glaube und Heimat entschlossen, das Erscheinen von Glaube und Heimat in der bisherigen Form zum 01.01.2000 auslaufen zu lassen. Heute erweist es sich als richtig, dass wir vor Jahren schon die Kooperation mit dem WEG gesucht haben. Wie Sie wissen, wird seit einigen Jahren jedem Glaube und Heimat-Bezieher der WEG beigelegt, so dass wir die Struktur geschaffen haben, um nunmehr flächendeckend im rheinischen Oberland mit dem WEG weiterhin präsent zu sein.

Es ist geplant, dass vom Januar 2000 an die Regionalausgabe des WEG's den Titel „Glaube und Heimat“ trägt, so dass der Name zumindest erhalten bleibt. Zudem soll es einmal im Monat eine erweiterte Regionalausgabe, besonders für das dann ehemalige Verbreitungsgebiet von Glaube und Heimat, geben, in der insbesondere die spezifischen „Glaube und Heimat-Stoffe“, wie Dorfchroniken, Regionalnachrichten und Berichte Platz finden könnten.

Im Herausgeberkreis und mit dem Presseverband, der bekanntlich den WEG herausgibt, ist lange darüber verhandelt worden, wie mit der Preisgestaltung verfahren werden soll. Wir haben zur Zeit die etwas kuriose Situation, dass derjenige, der Glaube und Heimat bestellt und den WEG kostenlos mitgeliefert bekommt, fast 20,00 DM weniger zahlt, als diejenige, die den WEG ohne Glaube und Heimat abonniert hat.

Zunächst war ein Stufenmodell angedacht (auf fünf Jahre ausgelegt), bis eine Preisangleichung erreicht sein sollte. Dies stellte sich aber als nicht praktikabel heraus. Deshalb werden die Bezugsgebühren vom 01.01.2000 an in einer Stufe auf das Niveau des WEG's gebracht. Mithin hat jeder Bezieher von Glaube und Heimat ab Januar 2000 19,50 DM mehr zu zahlen.

Den Herausgebern ist klar, dass dies eine Zumutung ist und auch das Risiko birgt, dass viele Abonnenten abspringen und kündigen. Aber weil es keine Alternative zu dieser Preisangleichung gibt, bitte ich jeden einzelnen von Ihnen herzlich, mit dafür zu sorgen, dass um Verständnis für diese Entwicklung geworben wird und Sie selbst die Umstellung aktiv begleiten.

Die Evangelische Kirchengebietspresse hat nach wie vor ihren Stellenwert und füllt eine wichtige Funktion aus. So erfreulich es ist, dass fast jede Gemeinde inzwischen ihren eigenen Gemeindebrief hat, so sehr sind wir doch auch auf Vernetzung von Informationen und Nachrichten angewiesen, um nicht vollends als Evangelische Kirche in Provinzialität zu versinken. Deshalb bitte ich herzlich, dabei zu helfen, dass die Umstellung zum 01.01.2000 nicht zu einem Abbruch, sondern zu einem Aufbruch und Neuanfang führen kann.

9.

„Ein jegliches hat seine Zeit und alles Vorhaben unter dem Himmel hat seine Stunde“ so hören wir den Prediger. Und ich füge hinzu: *„Wählen hat seine Zeit“*.

Auch wenn wir auf einer der letzten Synoden beschlossen haben, bei der Landeskirche eine Änderung der Presbyterwahlordnung zu beantragen, die erstens die Amtszeit reduziert und zweitens auf das Prinzip der Häufigkeit bei Wahlen verzichtet, wird es am 20. Februar 2000, dem Tag der Presbyteriumswahl, beim alten Verfahren bleiben.

„Es geht nicht nur darum, Leitungsgremien neu zu besetzen. Die Wahlen bringen Chancen zum Wechsel, zur Erneuerung, aber leider auch viel zusätzliche Arbeit. Doch der Aufwand lohnt sich; denn die Presbyterien sind ein Markenzeichen unserer Kirche, ein Fund, mit dem wir wuchern sollten.“

Das liest sich schön, was da in der Broschüre „Zeit für Verantwortung“ zur Presbyterwahl niedergeschrieben ist. Das ist sicherlich auch richtig so, auch wenn wir wissen, dass vor Ort zuweilen die Situation bescheidener und auch komplizierter ist. In der einen Gemeinde bleibt die Kandidatensuche am Pfarrer oder der Pfarrerin hängen, in einer anderen Gemeinde sind trotz großer Bemühungen nicht genügend Kandidatinnen und Kandidaten aufzutreiben, in einer dritten Gemeinde muß der Proporz gewahrt werden, damit die Gewichte nicht verschoben werden. Dennoch, es stimmt, die Presbyterien sind ein Markenzeichen für unsere Kirche. In keiner anderen Landeskirche sind die Presbyterien als Entscheidungsgremien derart stark ausgebildet wie in unserer Rheinischen Kirche. Sie sind eben nicht nur die Geschäftsleitungen oder aber haben Beraterfunktion, sondern ihre erste und vornehmste Aufgabe ist die geistliche Leitung der Gemeinde.

Dieser Aspekt scheint mir bei der Fülle von Alltagsaufgaben oftmals zu wenig gewichtet zu werden. In manchen Gemeinden wird zu wenig für die geistliche Zurüstung der Presbyterinnen und Presbyter getan. Deswegen wiederhole ich hier noch einmal, was ich schon des öfteren gesagt habe: Bei guter und konsequenter Vorbereitung einer

Presbyteriumssitzung ist und bleibt ausreichend Zeit, sich bei jeder Zusammenkunft einem geistlichen Thema zu stellen, ohne dass dadurch die Sitzung über Gebühr in die Länge gezogen werden müßte. Die Pfarrer und Pfarrerinnen haben hier eine Bringschuld, die es einzulösen gilt. Gerade im Zusammenhang mit der Neuwahl am 20. Februar 2000 könnte dieser Aspekt der Geistlichen Gemeindeleitung und ihrer Umsetzung noch einmal besprochen und neu gewichtet werden; wie im übrigen eine solche Wahl Gelegenheit bietet, nach vier Jahren wieder einmal Bilanz zu ziehen: Was ist aus den Vorhaben, die man hatte geworden? Was ist gelungen? Wo ist man gescheitert? Was macht Beschwer? Was macht Freude? Was ist dran und vordringlich?

Ich sehe es durchaus als eine Chance an, wenn Kandidatinnen und Kandidaten erklärt werden muß, was man von ihnen erwartet; wenn sie die Frage stellen nach Rechten und Pflichten, nach Zielen in der Arbeit. Schlimm wäre es, wenn man dann versuchen würde, zu minimalisieren, etwa so, dass man sagt: Ist alles halb so schlimm: So viel Arbeit ist das nicht und in den Gottesdienst brauchst du natürlich nicht jede Woche zu kommen. So wird es nicht gehen.

Ich denke, dass die Übernahme des Presbyteramtes immer noch eine Herausforderung ist, die sich lohnt und für die man deshalb guten Gewissens werben kann, auch wenn es da und dort in der Gemeinde mal Ärger gibt, der belastet. Das Wissen und die Befriedigung an seinem Platz am Aufbau der Gemeinde Jesu Christi beteiligt zu sein, wird hoffentlich überwiegen.

Ich wünsche mir, dass möglichst viele in der Gemeinde die Presbyteriumswahl 2000 zu ihrer eigenen Sache machen; denn sie ist ganz bestimmt nicht allein und nicht einmal zuerst die Sache des Pfarrers. Dann kann die Wahl zu einer Zeit der Verantwortung werden.

Kurz möchte ich in diesem Zusammenhang auf den Entwurf eines „Leitfadens für Ehrenamtliche“ verweisen, wie wir ihn auf unserer letzten Zusammenkunft im Juni 1999 in Bad Kreuznach den Gemeinden, Kreisen und Interessierten zur Beratung empfohlen haben. Wenn ich es recht sehe, wird auch inzwischen von anderer Seite das Thema „Ehrenamt“ als eines der ganz wichtigen Themen der Zukunft, nicht nur für die Kirche, angesehen. Mir ist deutlich: wir haben noch einen langen Weg vor uns. Ausdrücklich kennzeichnen wir den „Leitfaden“ als Entwurf. Es muß und es kann Verbesserungen geben. Deshalb sind wir darauf angewiesen, dass nunmehr möglichst umfassend und breit über die Problematik insgesamt diskutiert wird. Es geht ja nicht um die Verfassung eines Papiers. Papier kann nur festschreiben, was ist, bzw. anregen, was sein soll.

Letztlich und erstlich kommt es darauf an, welchen Platz Ehrenamtliche in unserer Gemeinde einnehmen sollen. Dafür müssen wir die Rahmenbedingungen schaffen. Das macht das Thema so wichtig.

Ich habe den Eindruck, bisher sind die Beratungen über dieses Thema nur sehr zögerlich angelaufen. So ist meine herzliche Bitte die, dass Sie bis Februar 2000 - auch wenn Sie sich mit vielen anderen wichtigen Dingen zu beschäftigen haben - dieses Thema den nötigen Platz eingeräumt bekommt.

„Ein jegliches hat seine Zeit und alles Vorhaben unter dem Himmel hat seine Stunde“ prägt es uns der Prediger ein. Schließlich auch dies: „Beginnen hat seine Zeit“ und „Aufhören hat seine Zeit“.

Hohe Synode,

ich habe Ihre Geduld wieder einmal über Gebühr strapazieren müssen.

Ich hoffe auf Nachsicht und verweise nunmehr - wie in jedem Jahr - hoffentlich mit Erfolg auf die vielfältigen Berichte aus den verschiedenen Arbeitsbereichen unseres Kirchenkreises.

Was da zusammengetragen ist, zeugt von großem Reichtum, zeugt auch nach wie vor von der Bereitschaft, Verantwortung in dieser Gesellschaft für die Menschen wahrzunehmen. Zeugt davon, wie sehr uns bemühen, das Evangelium von Jesus Christus auf vielfältige Weise den Menschen nahe zu bringen.

Ich danke allen, die sich einbringen und mittun.